

Elektronisches Identitätsmanagement

International vergleichende Policy-Studie zur Einführung der elektronischen ID-Card

In Deutschland wird im Jahr 2007 die Einführung eines bundesweiten Systems zur elektronischen Identifizierung von Bürgerinnen und Bürgern in der elektronischen Kommunikation mit der staatlichen Verwaltung und anderen Stellen sowie zwischen den einzelnen Bereichen der Verwaltung vorbereitet. Dieses Vorhaben reiht sich ein in vergleichbare Entwicklungen in anderen europäischen Staaten, die solche Systeme bereits eingeführt haben oder sich momentan ebenfalls im Vorbereitungsstadium befinden. Vordergründig handelt es sich um eine technische Lösung für ein Problem, das aus der Vielfalt elektronischer Identitäten entstanden ist. Um Sicherheitsprobleme (Betrug, Diebstahl von Identitäten) zu lösen, sollen virtuelle und reale Welt verknüpft werden. Bei diesem Bestreben nach Vereinheitlichung von Online-Transaktionen soll die offizielle Identität aus dem Meldewesen herangezogen werden. Wenn diese jedoch für die Identifizierung in allen Verwaltungsbereichen verwendet wird, kommt es zu einem grundlegenden Wandel im Verhältnis von Bürger und Staat.

Im Projekt "Elektronisches Identitätsmanagement" wird aus hauptsächlich sozialwissenschaftlicher Sicht dieser Innova-

tionsprozess analysiert, der bemerkenswerterweise nicht von Unternehmen, sondern von der staatlichen Verwaltung ausgeht und weder in Netzwerken entsteht noch sich marktförmig durchsetzt. Darüber hinaus soll ein europäischer Policy-Vergleich die jeweiligen Lösungen für das elektronische Identitätsmanagement untersuchen. Alle der hier zu betrachtenden Staaten - Belgien, Deutschland, Österreich und Spanien - haben sich im Rahmen des Prozesses für die Einführung einer elektronischen Identitätskarte entschlossen, jedoch sehr unterschiedliche Konzepte und Trägermedien gewählt. In diesem Zusammenhang gilt es zu analysieren, welche spezifischen Charakteristika die nationalen eID-Cards aufweisen, worin sie sich unterscheiden und worauf diese nationalen Unterschiede zurückzuführen sind.

Die Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung an der Universität Kassel erstellt im Rahmen des Projekts eine Analyse der rechtlichen Rahmenbedingungen und eine Beschreibung des bisherigen und aktuellen Gesetzgebungsverfahrens zum so genannten "digitalen Personalausweis" in Deutschland, der eine Authentisierungsfunktion und biometrische Daten enthalten wird. Der

im Projekt untersuchte Innovationsprozess erfordert für seinen verpflichtenden Einsatz in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden gesetzliche Voraussetzungen. Da überdies die Grundrechte der Ausweisträger betroffen sind, erlangt die rechtliche Analyse große Bedeutung für das Gelingen der jeweiligen Projekte.

Projektpartner

- Institut für Informationsmanagement, Bremen
- Institut für Technikfolgenabschätzung an der Österreichischen Akademie für Wissenschaften, Wien
- Forschungszentrum für Studien in Medien, Information und Telekom-

munikation an der Freien Universität in Brüssel

- Europäisches Institut für Öffentliche Verwaltung - Europäisches Zentrum für die Regionen, Barcelona

Die wesentlichen Ergebnisse des Projekts wurden in folgenden Beitrag veröffentlicht:

Roßnagel, A. / Hornung, G., Ein Ausweis für das Internet - Der neue Personalausweis enthält einen „elektronischen Identitätsausweis“, in: Die Öffentliche Verwaltung, 2009, 301-306.

Laufzeit:

September 2008 bis zum März 2009

Drittmittelgeber:

Volkswagenstiftung

Projektleitung:

Prof. Dr. Alexander Roßnagel

Ansprechpartner:

Geschäftsführer/in provet

provet@iwr.uni-kassel.de

<http://provet.uni-kassel.de>

Anschrift:

Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung - provet -
Universität Kassel, Fachbereich 07
Pfannkuchstraße 1, 34109 Kassel